



Absender: Bauen und Umwelt

Vorlage Nr.: 2015/1424

Veranlasser / Verursacher:

Datum: 14.04.2015

Aktenzeichen:

## Beschlussvorlage

**Aktualisierung der Beschlussfassung des Landkreises Kassel zur Netzausbauplanung „SuedLink,,**

### Beratungsfolge:

Gremium	am	Top	Status
Ausschuss für Wirtschafts- und Strukturpolitik, Bau- und Verkehrswesen	04.05.2015		öffentlich
Ausschuss für Umwelt- und Verbraucherschutz, Abfallwirtschaft und Energie	06.05.2015		öffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	07.05.2015		öffentlich
Kreistag	11.05.2015		öffentlich

### Beschlussvorschlag:

Dem Kreistag wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Kreistag fordert die Bundesregierung auf, für eine erneute, unabhängige und ergebnisoffene Überprüfung der Notwendigkeit des Netzausbauvorhabens „Sued-Link“ einzutreten. Die hessische Landesregierung wird aufgefordert, dieses Ansinnen zu unterstützen.

Die grundlegende Ablehnung Bayerns, Strom aus norddeutschen On- und Offshore-Windparks anzukaufen, wird notwendigerweise als bedeutsame Kehrtwende hinsichtlich der zukünftigen Anforderungen an das Höchstspannungsnetz eingeschätzt und muss deshalb das Netzausbauszenario in Deutschland maßgeblich verändern. Wenn Bayern den Windstrom aus Norddeutschland nicht (ver)braucht, ist der Neubau einer HGÜ für die Versorgungssicherheit Bayerns auch nicht erforderlich. Die beantragte neue Freileitung „SuedLink“ würde deshalb überwiegend dem zusätzlichen europäischen Stromhandel dienen, was die mit dem Bau und Betrieb verbundenen, schwerwiegenden Eingriffe in den hessischen Natur- und Siedlungsraum nicht rechtfertigen kann.

2. Für den Fall, dass auf „SuedLink“ nicht verzichtet werden kann, soll der Ausbau ganz überwiegend als Erdkabel auf modernstem Technikstandard erfolgen. Die Erdkabeltrasse soll auf kurzem Wege und weitgehend entlang von Autobahnen,

Straßen und Schienenwegen oder parallel zu bestehenden Trassen der Gasversorgung erfolgen. Die Bundesregierung und die hessische Landesregierung werden gebeten, sich bei der Bundesnetzagentur sowie dem Bundeswirtschaftsministerium ausdrücklich für die Projektierung in Hessen als Erdkabel einzusetzen und die Zustimmung des Landes zum Trassenausbau „SuedLink“ mit der Einhaltung dieser Maßgabe verbinden.

### **Begründung zu 1:**

Der Kreistag hatte in seiner Sitzung am 15.05.2014 unter Punkt 1 zu Top 13 die Notwendigkeit der „SuedLink“-Gleichstromtrasse herausgestellt. Hintergrund war die Sicherstellung der Stromversorgung in Bayern nach der beschlossenen Abschaltung aller bayerischen Atomkraftwerke bis zum Jahre 2022 als Teil der Energiewende. Diese Feststellung ist durch die zwischenzeitlich völlig geänderte Position Bayerns seit dem „Energiedialog“ in Bayern nicht mehr schlüssig.

Ausweislich der Begründung für die beantragte Netzausbauplanung hatte die HGÜ SuedLink zur Aufgabe, nach beschlossener Abschaltung der Atomkraftwerke bis 2022 die Stromversorgung Bayerns überwiegend mit durchgeleitetem Windstrom aus Norddeutschland sicherzustellen. Hessen war in diesem Rahmen bereit, die zur Sicherung der Stromversorgung Bayerns notwendige neue Stromtrasse in Hessen zu akzeptieren. Eigene positive hessische Interessenlagen sind bei dieser geplanten Stromautobahn erklärtermaßen nicht erkennbar, im Gegenteil, Hessen dient ausschließlich als Transitland für die zusätzliche Gleichstromleitung. In Hessen würden hingegen sogar erhebliche wirtschaftliche Schäden eintreten, u.a. durch Grundstückswertverfall in der Nähe der Leitungen und den Rückgang des ländlichen Tourismus. Die möglichen gesundheitlichen Auswirkungen einer HGÜ-Freileitung (Ionisierung von Raumwolken) sind zudem bislang nicht ausreichend untersucht und stellen letztlich ein unbekanntes Risiko für die Bevölkerung dar.

Der zwischenzeitlich intensiv geführte und nun abgeschlossene bayerische Energiedialog hatte summarisch zum Ergebnis, dass Bayern den Bau von neuen Stromautobahnen zur eigenen Versorgungssicherheit grundsätzlich ablehnt. Bayern beabsichtigt vielmehr, die ab 2022 entstehende Stromlücke mit einem Mix aus unterschiedlichen Erzeugungsarten, ganz überwiegend auf bayrischen Standorten produziert, abzudecken. Dabei sollen zukünftig Gaskraftwerke eine tragende Rolle spielen. Sie können in der Grundlast eingesetzt werden, aber auch zur erforderlichen Netzstabilisierung, welche aufgrund eines hohen Anteils volatiler Einspeisungen aus den erneuerbaren Energien erforderlich ist. Der auf höchster politischer Ebene durch den Ministerpräsidenten des Landes Bayern eingebrachte Schwenk lässt „SuedLink“ dem Grunde nach entbehrlich erscheinen. Nachdem sowohl der Hessische Ministerpräsident mehrfach und dann in Folge auch der hessische Wirtschaftsminister unter diesen geänderten Rahmenbedingungen öffentlich Zweifel an der zwingenden Notwendigkeit von „SuedLink“ nunmehr geäußert haben, wird die Hessische Landesregierung nun vom Kreistag gebeten, sich im maßgeblichen politischen Raum auch konkret für eine aktualisierte unabhängige Bedarfsanalyse unter der Berücksichtigung der Position Bayerns einzusetzen.

### **Begründung zu 2:**

Der Kreistag hatte im Beschluss zur Stromtrasse „SuedLink“ vom 15.05.2014 unter Punkt 3 den Vorhabenträger und die Bundesnetzagentur aufgefordert, die Erdkabeltechnik intensiv zu prüfen. Inzwischen sind neue positive Erkenntnisse zur Eignung der Erdkabel für „SuedLink“ hinzugetreten, deshalb soll dieser bestehende Beschlussteil des Kreistages im

Sinne einer Verstärkung aktualisiert werden.

Der Vorhabenträger begrüßt die Erdkabeldiskussion und würde Erdkabel gerne als „Problemlöser“ einsetzen, während die Bundesnetzagentur sich ausschließlich und streng am Gesetzestext orientiert und einer umfassenden Erdverkabelung deshalb kritisch entgegentritt. TenneT hat dem Landkreis mitgeteilt, dass die rechtlichen Grundlagen für den Erdkabeleinsatz im Kreisgebiet voraussichtlich fehlten und die Planung weiter als Freikabel vorangetrieben werde. Für den Landkreis Kassel wurde seitens TenneT nachgewiesen und mitgeteilt, dass alle Raumwiderstände auch ohne Erdkabel beherrschbar und dass Entscheidungen über die Technik erst im Planfeststellungsverfahren zu klären seien. Die Verwaltung hat diese Antworten als Absage hinsichtlich der umfassend begründeten Bitte bewertet, zumindest im Naturpark Habichtswald ganz überwiegend Erdkabel zu projektieren. TenneT hat noch ergänzend mitgeteilt, dass die Umsetzung von „SuedLink“ als Erdkabel im Landkreis Kassel in technischer Hinsicht sehr wohl möglich sei, auch sei Interesse am Bau von Erdkabelabschnitten vorhanden, die gesetzlichen Voraussetzungen zur Umsetzung müssten aber zuvor noch geschaffen werden.

Dem Beschluss des Kreistags folgend, hat sich Landrat Uwe Schmidt u.a. an den Hessischen Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir mit der Bitte um Unterstützung in der Erdkabelfrage gewandt und gleichzeitig in Zusammenarbeit mit dem Hamelner Kreis eine große Fachkonferenz zum Thema Erdkabel durchgeführt.

Staatsminister Al Wazir hat im März – unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Erdkabelkonferenz in Kassel – mitgeteilt, dass er sich für den weitreichenden Einsatz von Erdkabeln einsetzen werde und sein Ministerium Fachgespräche mit einzelnen Kabelherstellern vorbereite, um die Einsatzmöglichkeiten von Erdkabeln im Gleichstrombereich zu diskutieren.

Die Fachreferate in der Konferenz haben verdeutlicht, dass der Bau von Erdkabeln 1.) technisch möglich ist, 2.) modernste Produkte renommierter Hersteller mit hoher Leistungsfähigkeit am Markt sind und 3.) die Bodeneingriffe beim Bau zeitlich begrenzt sind und mit speziellen Einfräsverfahren diese sogar im Bedarfsfalle besonders bodenschonend durchgeführt werden können. Auf jeden Fall ist es aber möglich, auch bei offener Bauweise die von TenneT bislang öffentlich kommunizierten Trassenbreiten schon einmal zu halbieren. Die Investitionskosten verringern sich auf etwa das Zweifache eines Freikabels, sofern möglichst lange Erdkabelabschnitte gewählt werden. Die Bewirtschaftungskosten dürften deutlich unter denen eines Freikabels liegen. Am Ende wird von einer wirtschaftlichen Gleichwertigkeit des Erdkabels mit der Freileitung ausgegangen, eine Vollkostenberechnung über die etwa 40jährige Nutzungszeit vorausgesetzt.

Mit der Erdkabeltechnik eröffnen sich auch völlig neue Möglichkeiten der Trassenfindung. Von den Fachleuten wird eine eng an die vorhandenen Autobahnen, Schienenwege und auch Gastransportleitungen orientierte Führung vorgeschlagen.

Es gilt nunmehr, die Erkenntnisse aus Industrie und Wissenschaft unmittelbar schon für „SuedLink“ umzusetzen. Gerade mit dem Blick auf die Rolle Bayerns im Energiedialog, soll auch das Land Hessen eine uneingeschränkt schützende Rolle für die eigene Bevölkerung einnehmen, indem es sich auf höchster politischen Ebene verbindlich für die weitgehende Erdverkabelung in Hessen einsetzt, sollte an „SuedLink“ festgehalten werden müssen.

Selbert  
Erste Kreisbeigeordnete

**Anlage/n:**

2015\_1424 Anlage 1

2015\_1424 Anlage 2

**Anlagen:**

Anlage 1: Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 28.04.2015

Anlage 2: Antrag der CDU-Fraktion vom 03.05.2015